

Staatssekretär a.D. HERIBERT SCHARRENBROICH,

Vorsitzender von CARE Deutschland-Luxemburg

Einführung in die Fachveranstaltung von CARE und ZEF:

„Warten bis das Wasser kommt? - Armutsbekämpfung in Zeiten des Klimawandels“

28. Mai 2010, Bonn, Deutschen Welle

CARE ist der Thematik „Klimawandel und Armutsentwicklung“ seit langem verbunden. So hilft CARE Deutschland-Luxemburg gemeinsam mit den anderen CARE Organisationen weltweit Millionen von Menschen, die unter den Konsequenzen des Klimawandels leiden. CARE International hat inzwischen eigene Studien und Kampagnen zu diesem Thema durchgeführt und ist auch aufgrund seines Beraterstatus bei den Vereinten Nationen bei allen wichtigen Klimakonferenzen mit eigenen Beiträgen vertreten. Ich danke Frau Cynthia Awuor sehr herzlich, dass Sie das Engagement von CARE International später im Panel darstellen wird und das Team von CARE International bei der am Sonntag beginnenden Bonner Zwischenkonferenz bereichern wird. Herzlich willkommen.

Nicht nur reden, sondern auch handeln – so lautet unser Devise.

CARE hat sich einen guten Namen gemacht bei der Versorgung von immer mehr Menschen

- mit sauberem Trinkwasser und der Entsorgung von Abwässern und Fäkalien,
- bei der Bekämpfung des Hungers durch Verbesserung der Anbaumethoden einschließlich der Bewässerung der Felder.
- Immer mehr Menschen versuchen wir vor den Unbillen der immer häufiger auftretenden Orkane zu schützen -sei es durch den Anbau von Mangroven zur Stabilisierung der Deiche oder durch den Bau von Zufluchtshäusern, die in ruhigen Zeiten als Schulen genutzt werden können – um einmal konkrete Beispiele zu nennen.
- Dabei versuchen wir zunehmend mit erneuerbaren Energien zu arbeiten, wo Energie benötigt wird, z.B. beim Betreiben von Pumpen zum Heben des Wassers.
- Als Anwälte vor allem der Schwachen diskutieren wir mit der Politik, welches die Ursachen von Katastrophen sind und was getan werden muss, um sie zu beseitigen.
- Allerdings verträsten wir die Schwachen nicht, bis die Politik die Lösung gefunden hat, sondern helfen ihnen, mit der Situation fertig zu werden – zugegebener Weise manchmal leider nur notdürftig.

Bei unserem heutigen Thema bedeutet das: Möglichst vielen helfen in Würde zu überleben. Ich bin gestern, aus Nairobi zurückgekommen. Dort konnte ich in den Slums hautnah erfahren, welches Elend durch die Landflucht entsteht. Die Landflucht, das rasante

Anwachsen der Slums haben natürlich mehrere Ursachen. Aber die Zerstörung der Lebensgrundlagen der Bauern durch Klimaveränderung ist an vorderster Stelle zu nennen für die damit einhergehende Entwurzelung der Menschen.

Die Studie, die das Bonner Zentrum für Entwicklungsforschung (ZEF) erstellt hat, zeigt: Wir warten nicht, bis das Wasser kommt. CARE will den Menschen helfen, den aus dem Klimawandel erwachsenden Bedrohungen besser begegnen zu können, eben nicht das Land zu verlassen. Das darzustellen und zu überlegen, wie solche Maßnahmen verbessert werden können, das halten wir für notwendig. Dem sollen diese Studie und diese Veranstaltung dienen. Sicher werden auch andere in den Ländern des Südens tätigen NROs daraus Anregungen erhalten.

Während die Mühlen der Politik langsam mahlen, zeigen die konkreten Hilfeleistungen der EZ schnellere Wirkung. Aber sie sind nur wie ein Tropfen auf den heißen Stein, wenn dem Klimawandel nicht konsequent begegnet wird. Unsere Erfolge beim Kampf gegen Armut werden teilweise wieder aufgefressen durch den Klimawandel.

Ich zitiere eine Hauptthese der Studie: „Klimawandel verursacht und verschärft Armut. Zugleich erschwert er Entwicklung und Armutsbekämpfung, indem die weitere Verfügbarkeit natürlicher Ressourcen unsicherer wird.“ (S. 19)

Deswegen ist es so wichtig, dass Ursachen und Folgen des Klimawandels deutlich, ja drastisch dargestellt werden. Die Weltgemeinschaft muss wachgerüttelt werden, jetzt die notwendigen Beschlüsse zu fassen, damit wenigstens nachfolgende Generationen nicht noch mehr unter unseren Sünden leiden müssen.

Deswegen führen wir unser heutiges Fachgespräch bewusst am Vortag der Bonner Zwischenkonferenz durch.

Ich danke Herrn Staatssekretär Jürgen Becker, dass er uns über den jüngsten Stand der politischen Entwicklung informieren wird und sicher auch sagt, was aus Sicht der Bundesregierung noch mehr getan werden müsste – in Deutschland, Europa und global. Wir haben bewusst das Bundesumweltministerium als federführendes Ministerium für die am Sonntag beginnende Konferenz eingeladen, da wir neben den Hilfen für die Betroffenen auch die Ursachen und die Politik zur Beseitigung der Bedrohungen durch den Klimawandel in die Betrachtung einbeziehen wollen.

Leisetreterei und falsche Kompromisse sind bei dem Thema überhaupt nicht angebracht. Es ist allerhöchste Zeit keine faulen Kompromisse mehr zu machen.

Nach dem Scheitern des Kopenhagener Klimagipfels gab es großes Wehklagen, dass der zum Schluss von 25 Staats- und Regierungschefs erarbeitete Kompromissvorschlag von den besonders betroffenen Entwicklungsländern mit Empörung abgelehnt wurde. Ich sage: Sie haben gut daran getan. Sie haben auch den Industrieländern damit einen Gefallen getan. Denn die Klimakatastrophe wird auch uns heimsuchen, auch wenn wir uns gegen die Schäden besser schützen können, als die armen Länder.

Ein ehrliches Scheitern zuzugeben ist hilfreicher und zielführender als ein Verkleistern des Problems durch einen faulen Kompromiss. Die jetzigen Bemühungen um eine konsequentere

Klimapolitik hätte es nicht gegeben, wenn man den Kopenhagener Kompromissvorschlag angenommen hätte, wenn die Konferenz nicht gescheitert wäre.

Die in Kopenhagen zum Schluss anvisierten Ziele waren völlig unzureichend, um die Menschenleben und Staaten zu retten, die bei einer verantwortlichen Politik gerettet werden können. Die desaströsen Auswirkungen des Klimawandels auf die Ärmsten der Armen können effektiv nur bekämpft werden, wenn man sich mit dem 2-Grad-Ziel nicht zufrieden gibt, sondern sich zum Ziel setzt, die Erderwärmung bis 2050 auf 1,5 Grad zu beschränken. Um das zu erreichen, muss der CO-2 Ausstoß bis 2020 um 40% gegenüber 1990 reduziert werden. Eine Reduzierung um 20% ist völlig unzureichend.

Mit der heutigen Veranstaltung befasst sich CARE keineswegs zum ersten Mal mit den Problemen, die für die Ärmsten der Armen aus dem Klimawandel entstehen. Ich denke aber, dass die Studie und diese Veranstaltung neben der politischen Dimension vor allem die Möglichkeiten der praktischen Hilfe in Bedrohungslagen deutlich machen.